

«Vereinbarkeit wird gefördert»

Eine Schwangerschaft soll nach unseren Vorstellungen nicht weiter als Krankheit angesehen werden, wie das nach dem geltenden Recht der Fall ist, weil das Krankenversicherungsgesetz keinen Unterschied zwischen Mutterschaft und Krankheit macht. Mit unserer Initiative fordern wir, dass das Mutterschaftstaggeld durch die FAK ausbezahlt wird. Die FAK, die von den Beiträgen der Unternehmen finanziert wird, verfügt über die entsprechenden Überschüsse, um die Taggelder bei Mutterschaft zu bestreiten. Die Initiative der Wirtschaftskammer wird den Staatshaushalt oder Steuerzahler nicht zusätzlich belasten, weil die zusätzlichen Kosten künftig von der Familienausgleichskasse getragen werden. Die Familienausgleichskasse wird über die Einzahlungen der tätigen Unternehmen aufgefüllt. Ausserdem kann mit der Initiative der Wiedereinstieg in die Berufswelt nach einer Schwangerschaft durch die finanzielle Unterstützung erleichtert werden. Die Wirtschaftskammer ist der Überzeugung, dass damit die

Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen gefördert wird. Neben dem Taggeld bei Mutterschaft zielt die Initiative auch auf eine Änderung der Kita-Förderung ab. Die liechtensteinischen Unternehmen bzw. der Werkplatz sollen sich im Zuge des Fachkräftemangels an den Kosten von ausserhäuslichen Betreuungsplätzen beteiligen. Es sollen künftig alle Kita-Betreiber im Land Beiträge erhalten. Betriebs-Kitas werden nicht subventioniert! Die Betriebe stellen heute - wie die Gemeinden - nur die Räumlichkeiten für die Kita zur Verfügung. Betrieben werden die Kitas von staatlich bewilligten Betreuungseinrichtungen. Eine Subventionierung durch Staat und Wirtschaft erfolgt nicht an die Betriebe, sondern direkt an den Betreiber. Wir wollen, dass das zum Teil brachliegende Potenzial von gut ausgebildeten Frauen wieder in die Wirtschaft integriert, akzeptiert und gefördert wird. Der Wiedereinstieg in das Berufsleben soll erleichtert werden und insbesondere Frauen sollen nicht vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden. Der weitere Schritt muss auch die Förderung von Teilzeitarbeit sein. Mit einem Ja können wir die weiteren

Schritte gemeinsam meistern. Die Initianten ersuchen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, mit Ja zu stimmen. Damit Schwangerschaft keine Krankheit mehr ist.

Initiativkomitee «Familie und Beruf»,
Gunilla Marxer-Kranz, Arnold Matt,
Jürgen Nigg, Isabell Schädler und
Hans-Peter Tschüscher